Das Buch in der Diskussion

Klaus Peter Wallraven (Hrsg.)
Handbuch politische Bildung in den neuen Bundesländern
(mit Geleitwort von Wolfgang Thierse)
(Wochenschau Verlag) Schwalbach 2003, 398 Seiten, 28.00 Euro

Horst Siebert:

Es gehört zu den Merkmalen eines Handbuchs, dass die einzelnen Beiträge übersichtlich und plausibel gegliedert sind. In diesem Fall orientiert sich die Gliederung an den Bundesländern. Innerhalb der einzelnen Bundesländer wird zwischen außerschulischer und schulischer Bildung unterschieden. Zur außerschulischen Bildung gehören vor allem die Landeszentralen, die Stiftungen, evangelische und katholische Bildungsstätten, Arbeit und Leben, in Thüringen auch der Landesverband der Volkshochschulen. Zur schulischen Bildung gehören insbesondere die Aus- und Fortbildung von Politiklehrern, das politikdidaktische Studium an einigen Universitäten und die neuen Rahmenlehrpläne für das Unterrichtsfach Sozialkunde. Es überwiegen also institutionelle Selbstdarstellungen und Erfolgsberichte.

Was auf den ersten Blick als eine eher nüchterne Bestandsaufnahme erscheint, erweist sich auf den zweiten Blick als ein Panorama unterschiedlicher Projekte, Erfahrungen, Perspektiven und Intentionen. So werden landesspezifische Besonderheiten sichtbar – z. B. die deutsch-polnische Bildungsarbeit in Brandenburg. Während einige Einrichtungen traditionelle Seminare bevorzugen, beteiligen sich andere an regionalen Netzwerken, Kampagnen und Politikberatungen. Einige Einrichtungen registrieren wachsende Erfolge und einen Abbau von Vorurteilen (z. B. S. 149), andere beklagen rückläufige Teilnehmerzahlen und ein abnehmendes politisches Lerninteresse. Einige Einrichtungen knüpfen didaktisch an den biografischen Erfahrungen der Ostdeutschen an, andere praktizieren eher Methoden der „Umerziehung". Die meisten Autoren verweisen auf eine geringer werdende „Vorbildwirkung" der alten Bundesländer (z. B. S. 155). Die unterschiedlichen Beobachtungsperspektiven der ost- und westdeutschen Pädagog/innen sind weiterhin deutlich.

Die persönlichen Erfahrungsberichte sind m. E. besonders lesenswert (z. B. Heidemarie Werner, S. 133; Hans-Jochen Tschiche, S. 257; Heike Makk, S. 284; aus universitärer Sicht Wolfgang Sander, S. 344).

Mit besonderem Gewinn und Interesse habe ich den wissenschaftlich resümierenden Beitrag von K. P. Wallraven über „Politische Bildung im Transformationsprozess" gelesen (S. 351 ff.). Während die meisten institutionellen Berichte nur punktuelle, impressionistische Aussagen über Mentalitäten, Lernwiderstände und – kurz- und längerfristige – Lerneffekte enthalten, fasst Wallraven die vorhandenen Theorien und Untersuchungsergebnisse systematisch und kritisch zusammen. Er macht auf die nach wie vor wesentlichen Ost-West-Unterschiede der Erfahrungen, Lebensgefühle und politischen Kulturen aufmerksam. „Die politische Kultur in den neuen Bundesländern ist wesentlich anders formiert als in Westdeutschland, sie ist spezifisch ostdeutsch ... Wer das nachwirkende DDR-Erbe aus der Konzeptualisierung von Politischer Bildung für die neuen Bundesländer herauslöst, wird den Zweifeln in die Problemlösungsfähigkeit des Systems neue Nahrung zuführen" (S. 381). Traditionelle Wissensvermittlung und Aufklärung aus westlicher Sicht scheinen wenig nachhaltig wirksam zu sein. Ich stimme der These zu: „Eine Änderung der Perspektive kann also nur über Prozesse der Selbstbearbeitung eingeleitet werden" (S. 353). Es scheint erfolgversprechender zu sein, mehr „auf Evolution und nicht auf Transfer" zu setzen (S. 359).

Diesen materialreichen Beitrag des Herausgebers empfehle ich allen politischen „Bildnern" in Ost und West zur intensiven Lektüre. Doch auch viele der übrigen Handbuchartikel sind informativ und anregend.

Dieter Kirchhöfer:

Bildung – nur in Institutionen?

Der Titel verheißt ein Handbuch der Politischen Bildung, der Leser findet ein Handbuch staatlicher und öffentlicher Institutionen Politischer Bildung. Deren Selbstdarstellung folgt neben der Information einem Anspruch, die eigene Arbeit zu legitimieren, was wiederum kritische Selbstreflexion einschränkt. Der Anspruch, den Wallraven in seinem Vor- und Nachwort erhebt, den „Kampf für die Akzeptanz der bundesrepublikanischen Demokratie im schwierigen Umfeld sichtbar zu machen" (S. 18), und der tatsächlich eine veränderte Perspektive auf politische Bildung hätte öffnen können, bleibt insofern weitgehend unerfüllt.

Der Band öffnet dem Leser, der „viele Institutionen mit ihrer wechselvollen Geschichte, ihrem organisatorischen Aufbau, ihren Zielen und Zielgruppen, ihren Arbeitsschwerpunkten und Projekten, insbesondere ihren verantwortlich Handelnden" (S. 18) kennen lernen will, tatsächlich eine Fülle von Informationen. Ungewollt wird in dieser Zusammenstellung aber auch sichtbar, wie wenig koordiniert, verkoppelt, konzeptionell homogen diese Institutionenvielfalt wirkt, was möglicherweise als deren Vorzug ausgelegt werden kann.

Der Band lässt in vielen Beiträgen auch das Bemühen erkennen, die ostdeutsche Spezifik in einer ostdeutschen Handschrift (Biskupek, Dumrese, Reinhardt, Tomaszek) zu erfassen. Dass diese Perspektive häufig kritisch auf die tatsächlichen oder vermeintlichen DDR-Erblasten zurückgreift, ist sicher einem politischen Totalitarismus-Muster von DDR-Wirklichkeit geschuldet, dem die Autoren folgen, soll aber in diesem Zusammenhang unkommentiert bleiben. Interessanter ist die von Wallraven als Plädoyer erörterte Frage, ob und wie sich eine andersartige ostdeutsche politische Bildung entwickeln kann. Als perfektioniertes Angleichungsmodell an westdeutsche politische Herrschaftsformen, die als nicht hinterfragtes Referenzmodell fungieren? Als Verbindung von westlichen Freiheits- und östlichen Gleichheitsvorstellungen? Als Teil einer noch zu entwickelnden politischen Kultur, die in einer intakten gesellschaftlichen Kommunikation ruht (Misselwitz in Wallraven, S. 360)? Letzerem Weg neigt der Rezensent zu.

Es ist auch ein Vorzug des Bandes, sich dem Feld der außerschulischen politischen Bildungsarbeit – dem sozialen Umfeld – zuzuwenden. Vielleicht liegt gerade in der außerschulischen und außerberuflichen Bildungsarbeit ein Feld von Erfahrungen, die einen ostdeutschen Avantgardismus (Wolfgang Engler) begründen könnten. Allerdings ist auch in diesem Fall der Ansprechpartner die institutionalisierte Form des meist freien Trägers, der natürlich selbst wieder – auch förderlogisch bedingt – Legitimationsinteressen folgen muss.

Zu den Vorzügen des Bandes gehören die hochinteressanten Vor- und Nachworte von Wallraven, die nicht nur eine Sicht auf die kurze Geschichte Politischer Bildung in der Transformation öffnen, die alle Mängel des Modell der nachholenden Modernisierung trug (Akteurssubstitution, Institutionstransfer, wissenschaftliche Deutungshoheit), sondern eine wissenschaftliche, d. h. reflektierende und aufklärende Analyse der gegenwärtigen Problemsituation anbieten. Es wäre zu wünschen gewesen, dass die einzelnen Beiträge des Bandes die Intention dieser Arbeiten auf- und angenommen hätten.

Der Veröffentlichung haften eine Reihe auch konzeptioneller Mängel an.

1. Es ist wiederum Wallraven, der auf den eklatanten Widerspruch zwischen dem institutionellen Aufwand auch der freien Träger, dem Ideenreichtum der Projektarbeit, den Netzwerkbildungen, dem Engagement der einzelnen Verantwortlichen einerseits und der geringen Nachhaltigkeit der politischen Bildungsarbeit in Ostdeutschland andererseits aufmerksam macht. Warum reflektieren die Autoren so wenig ihre eigenen Wirkungen, die Schwierigkeiten, die Irrwege, das Scheitern? Wer hört ihnen auf der Mikroebene – der Welt der alltäglichen Lebensführungen – zu? Wen erreichen sie? Wer beteiligt sich nach und mit der erreichten Kommunikation? Welchen Kriterien für erfolgreiche politische Bildung folgen die einzelnen Institutionen? Wann ist eine Institution erfolgreich? Gibt es Qualitätsstandards für „wirkungsvolle" politische Bildung? Wenn die Aussagen der letzten repräsentativen Studie zum Weiterbildungsverhalten der deutschen Bevölkerung zutreffen (Bathge 2003), nehmen z. B. nur ca. 10 % der ostdeutschen Bevölkerung ehrenamtliche Aufgaben wahr.

2. Wie schon erwähnt, öffnet sich der Band den außerschulischen Feldern politischer Bildung. Warum bleibt aber die Szene außen vor, die nicht den traditionellen Einrichtungen Politischer Bildung zugerechnet wird, wie z. B. die Gesprächszirkel zur Aufarbeitung von Biografien, die Erzählwerkstätten, die Begegnungs- und Gedenkstättenarbeit, die Museen. In dem Zusammenhang verzichtet der Band völlig auf die Darstellung der politischen Bildung, die gegenwärtig in allen neuen Bundesländern durch die z. T. höchst aktiven Dependancen der Rosa-Luxemburg-Stiftung und anderer informeller Zirkel geleistet wird. Hier ist eine Kultur entstanden, die sich der politischen Bildung stellt (vgl. den lesenswerten Artikel von Christa Uhlig, Pädagogisches Jahrbuch 2002 zur informellen wissenschaftlichen Szene). Man muss mit den in diesen Einrichtungen vertretenen Positionen nicht einverstanden sein, aber umso notwendiger wäre eine Auseinandersetzung gewesen, und es wäre auch ein Gebot der Fairness gewesen, diesem Teil reflexiven ostdeutschen Denkens Raum zu geben. Die Herausgeber müssen sich an dieser Stelle den Vorwurf der Ignoranz oder einseitigen Interessenbindung an eine Institutionskultur gefallen lassen.

3. Außer in den Beiträgen von Wallraven, dem offensichtlich auch ein anderes Konzept politischer Bildung auf der Grundlage einer dezidierten pädagogisch-didaktischen Kritik der Politischen Bildung in der Transformation vorschwebt, wird in dem Buch der offensichtlich einsetzende zumindest institutionelle Entgrenzungsprozess der politischen Bildung nicht wahrgenommen. Politische Bildung entgrenzt sich nicht nur in den Institutionen mit einer zunehmenden Tendenz zur selbstorganisierten, aber durchaus intendierten Bildung; sie entgrenzt sich auch in Bezug auf die Inhalte, die Adressaten und die didaktischen Formen. Die Entgrenzung der politischen Bildung geht offensichtlich mit einer Entgrenzung des Politischen einher. Was nimmt aber politische Bildung von diesen Entgrenzungen wahr? So haben auch aktiv sich selbst Bildende – auch Lehrer – in dem Band kaum eine Chance. Welche Lesergruppen haben regionale und überregionale Zeitungen (mit der z. B. in Berlin geteilten Leserschaft zwischen Berliner Zeitung und Tagesspiegel), welche Einschaltquoten haben politische Sendungen, welche Klientel haben Talksendungen und -veranstaltungen, welche Leser haben Bibliotheken?). Insofern würde es auch zu einem Standard eines Handbuchs gehören, ein bestimmtes statistisches Material anzubieten. Die Konzeption bleibt einem institutionell orientierten formalen Bildungsbegriff verhaftet, der die gegenwärtigen Diskurse zu einer veränderten Lernkultur nicht wahrnimmt. Es bleibt beim Belehren, es bleibt beim evtl. zu perfektionierenden Kursangebot, es bleibt bei einer internetfreien Welt. Es sei nur darauf verwiesen, dass in dem Diskurs zur Entgrenzung politischer Bildung z. B.
   - die traditionelle Trennung von allgemeiner, beruflicher und politischer Bildung in Frage gestellt wird,
   - ein Funktionswandel der Bildungsinstitutionen angemahnt wird und hartnäckige Kritiker sogar eine Deinstitutionalisierung prophezeien,
   - der Wert des informellen Lernens hervorgehoben wird.

   Unabhängig davon, ob solche Szenarien Wirklichkeit werden, eine solche Abstinenz gegenüber aktuellen wissenschaftlichen und wissenschaftspolitischen Diskussionen ist schon erstaunlich und öffnet den Kritikern traditioneller Bildungsvorstellungen alle Möglichkeiten.

4. Es ist ebenso verwunderlich, dass der auch mit Unterstützung der DFG betriebene hohe Forschungsaufwand den Prozessen politischer Bildung und deren Wirkungen so wenig Beachtung schenkt. Auch hier könnte es wieder der konzeptionelle Ansatz sein, der sich auf die Strukturen und nicht auf die Prozesse richtet. Von Hans Oswald, Potsdam, gibt es z. B. vorzügliche Analysen des Wählerverhaltens junger DDR-Bürger, Hans Merkens, Wilfried Schubarth haben ähnliche Analysen für das Phänomen des Rechtsradikalismus vorgelegt, Heitmeyer gehört zu den Klassikern auf diesem Gebiet. Einige der Autoren spüren zwar den Mangel und geben Einsicht in die von ihnen verantworteten oder beinflussten Prozesse, aber bleiben vereinzelte Rufer.

5. In diesem Zusammenhang hätte der Zusammenhang zwischen Partizipation und Bildung einer stärkeren Reflexion bedurft. Politischer Bildung haftet immer noch der Geruch der Aufklärung durch einen Belehrenden an. Politische Bildung ist jedoch untrennbar mit Partizipation verbunden, die Akteure für sich in Anspruch nehmen. Die kritischen Fragen an Politische Bildung sind häufig nur beantwortbar, wenn auf die fragens-würdigen Partizipationspraktiken verwiesen wird. Es muss doch nun wirklich nicht mehr darauf verwiesen werden, dass man Demokratie nicht gelehrt bekommen kann, auch wenn Wolfgang Thierse in seinem Vorwort fordert, der ostdeutschen Einstellungswelt Demokratie erfolgreich zu *vermitteln*. Es ist auch nicht der Verweis auf ostdeutsche ökonomische Deprivation, der die Defizite der Demokratieaneignung erklärt, sondern es könnten die erlebten Entscheidungsprozesse und -strukturen und die geringen Partizipationsmöglichkeiten in den Unternehmen, Verwaltungen, Parlamenten sein, die Demokratieskepsis erzeugen. Es darf einfach nicht vergessen werden, dass „dem Ostdeutschen" – wobei ich ungern einen solchen Begriff gebrauche, der *eine* ostdeutsche Identität setzt – eine intransparente, juristisch unverständliche Bürokratie der Verwaltungen und übermächtige Personalabteilungen der Betriebe gegenüberstehen. Die Frage von Wallraven im Nachwort „Lautet also das Hauptstichwort nicht ‚Bildung', sondern ‚Arbeit' (S. 353), lässt zwei bejahende Antworten zu: Der Verlust der existenzsichernden Erwerbsarbeit ist Ausgrenzung aus der produktiven Partizipation, aber Arbeit ist nicht nur Erwerbsarbeit, sondern viel weiter im Sinne von Bürgerarbeit, Eigenarbeit, Familienarbeit, Gemeinwesenarbeit, und damit wesentlichen Feldern einer außerberuflichen Partizipation zu verstehen.
   Politische Bildung heißt insofern, Partizipation zu ermöglichen, wobei Partizipation auch nicht durch Kommunikation – dem scheinbaren Königsweg Politischer Bildung – zu ersetzen ist. Interessanter wäre es dann schon, den Zusammenhang von Kommunikation, Aktion und erfolgreicher Partizipation zu verfolgen, aber genau das unterbleibt im Handbuch. Es wäre z. B. durchaus denkbar gewesen, zu prüfen, welche Partizipationsmöglichkeiten bieten Kommunen oder Schulen für Mitbestimmung. Wie öffnen sich Vereine für Partizipation? Welche kommunalen oder ökologischen Initiativen waren erfolgreich? Ostdeutschland weist als ein Merkmal der Andersartigkeit politischer Kultur z. B. auch eine andere Vereinskultur mit unterschiedlichen Partizipationsstrukturen auf.
   Es geht in meinen Einwänden nicht darum, eine Politische Bildung zu kreieren, die sich an alle Alltagsprozesse bindet, sondern Zusammenhänge andeutet, die zwar Institutionen einschließen, aber auch darüber hinausgehen und den Blick auf eine neue Lernkultur öffnen.

Ekkehard Nuissl:

1. Handbücher des Wochenschau-Verlages nimmt man eher zögernd in die Hand; meist thematisieren sie in immer neuen Varianten die gleiche Sache, erheben den Bestand, verbleiben beim Gegenwärtigen und auch im Nostalgischen. Dass sie schwarz eingebunden sind, erhöht nicht die Vorfreude auf den – meist viel zu umfangreichen – Text. Und Fakten oder Tatsachen, kritische Analysen und perspektivische Diskussionen zum Politikbegriff und zur Gesellschaft erwartet man in ihnen kaum.
   Das „Handbuch politische Bildung in den neuen Bundesländern", herausgegeben von Klaus Peter Wallraven, lässt aufmerken. Wieso ein Handbuch der politischen Bildung speziell für die neuen Bundesländer? Keine kritische Analyse, kein theoretischer Diskurs, sondern ein Handbuch? Und dazu hin geleitet von Sätzen des veritablen Bundestagspräsidenten Wolfgang Thierse? Kurzum: Anders als viele andere Handbücher der Handbuchreihe des Wochenschauverlages erweckt dieses Handbuch Aufmerksamkeit und Interesse.

2. Natürlich stellen sich bei einem Handbuch dieser Art zunächst verschiedene Fragen. Die eine, schon genannt: Warum ein spezielles Handbuch für die politische Bildung in den neuen Bundesländern? Die zweite: Was wird unter der politischen Bildung in den neuen Bundesländern verstanden? Die dritte: Nach welchen Kriterien und Fragen

sind die Handbuchartikel präsentiert, auf welche Struktur hin, die erkenntnisleitend ist, sind sie geschrieben? Dann die Frage: Was erfahren wir über die Probleme der politischen Bildung in den neuen Bundesländern, die ja – zum Beispiel bezüglich ihrer Wirkung – in den vergangenen zehn Jahren nicht unerheblich gewesen sein können? Und schließlich die Frage: Gibt es eine Botschaft, ein Resümee des Buches?
Diese Fragen möchte ich im Einzelnen kurz beantworten.

3. Die politische Bildung in den neuen Bundesländern wird, um es zusammenzufassen, sehr institutionell betrachtet. Das Handbuch strukturiert außerschulische und schulische politische Bildung und verbleibt bei Institutionen, die politische Bildung anbieten. Nicht nur bei Institutionen als Strukturelementen, sondern auch bei einer bestimmten Auswahl von Institutionen. Eher traditionelle Institutionen wie natürlich Schule, strukturelle Institutionen (wie Landeszentralen für politische Bildung) und verbandlich organisierte wie solche der Kirchen und von Arbeit und Leben werden vorgestellt.
Positiv fällt dabei auf, dass Landeszentralen, Lehrerfortbildung und außerschulische Bildungsarbeit in einen gemeinsamen Kontext gestellt werden, was im Bildungsbereich (insbesondere auch in der Weiterbildung) keineswegs selbstverständlich ist, obwohl es auf der Hand liegt.
Überraschend dagegen ist das Fehlen von Einrichtungen und Verbünden, die ja wesentlich zur politischen Bildung beitragen. Zu erwähnen sind dabei etwa die Volkshochschulen, aber auch betriebsbezogene Bildungsvereinigungen, die Museen, die Bibliotheken, die Kulturhäuser und -einrichtungen, die Initiativen. Mir scheint, dass die Auswahl der dargestellten Einrichtungen in der politischen Bildung Zeugnis eines bestimmten Verständnisses politischer Bildung ist, das sich sehr stark auf parlamentarische Institutionen und politische Bildung als curriculare Struktur im eher schulischen Bildungsprozess stützt.
Dies ist natürlich, betrachtet man das Motiv zur Herausgabe eines solchen Handbuches, ein gewisses Missgeschick. Ein Handbuch zu einer Teilrepublik wie den ostdeutschen Bundesländern rechtfertigt sich eher nur, wenn sie unter dem Aspekt des Handbuchthemas eine Gemeinsamkeit verbindet. Für mich ist das bezogen auf die ostdeutschen Bundesländer ihre DDR-Geschichte, welche nicht nur Werte und Zielvorstellungen einer politischen Gesellschaft implementierte, sondern auch ganz stark das Zusammenleben und die Zielkorridore der Menschen beeinflusste. Solidarität, Freiheit und Individualität waren in der DDR Begriffe mit gänzlich anderen Inhalten als in Westdeutschland. Der Bruch mit diesen Inhalten, also das eigentlich Politische des Transformationsprozesses, fand keineswegs nur und vielleicht nicht einmal hauptsächlich in den hier vorgestellten Einrichtungen statt. Darauf verweist auch Wallraven sowohl in seiner Einleitung als auch im Schlusswort, ohne dass dies in der Gestalt des Handbuches zu erkennen wäre. Repräsentativ, wie Wallraven einleitend feststellt, scheinen mir die ausgewählten Institutionen jedenfalls nicht zu sein.

4. Vielleicht hängt dies damit zusammen, dass es offenbar an gezielten Fragen und Strukturvorgaben für die Handbuchbeiträge gemangelt hat. Einige von ihnen lassen vermuten, dass nach Ausgangslage und Ausblick gefragt wurde. Aber sicher ist das nicht. Auch sind die Beiträge in der Regel deskriptiv, sie beschreiben Entstehen und Arbeitsschwerpunkte der Einrichtungen, ohne sich dezidiert und selbstkritisch-analytisch mit Problemen zu befassen. Geradezu merkwürdig mutet dabei an, dass einleitend lapidar gesagt wird, dass einige der vorgestellten Einrichtungen bereits nicht mehr existieren; welche? Und warum nicht mehr? Ist politische Bildung nicht auch damit verbunden, zu analysieren, warum Dinge und wie sie geschehen?
Die gemeinsame Strukturvorgabe mangelt vor allem dann, wenn man sich lesend darum bemüht, den gemeinsamen Nenner der dargestellten Einrichtungen zu suchen, der ja das Erscheinen dieses Handbuchs begründet: Die Umbruchsituation im politischen Bewusstsein und politischen Handeln der Menschen in den neuen Bundesländern. Wie definieren sich die Einrichtungen in diesem Transformationsprozess? Mit wem arbeiten sie zusammen und welche Methoden verwenden sie, um alles Gewandelte

aushaltbar zu machen? Wie unterscheiden sie sich von westdeutschen Einrichtungen? Diese generelle Kritik bedeutet nicht, dass nicht in einigen der Beiträge solche Aussagen enthalten sind. Auch kann man einwenden, dass ein Handbuch einen eher darstellend-sachlichen Tenor hat denn einen kritisch-analytischen. Dennoch verbleiben mir hier Zweifel an der Sinnhaftigkeit eines inhaltlich-zielgerichtet begründeten Handbuches mit einer inneren Struktur, die dieses gar nicht mehr aufgreift.

5. An meisten vermisse ich in dem Buch handfeste Daten darüber, was denn eigentlich in politischer Bildung in den neuen Bundesländern geschieht, welche Probleme dabei bestehen und welche Wirkungen zu verzeichnen sind. Einen Ansatz in dieser Richtung bietet Arbeit und Leben in Sachsen (Tabelle auf S. 223), wo man immerhin ein Anwachsen von Unterrichtsstunden, Maßnahmen und Teilnehmerzahlen feststellen kann bis ins Jahr 1998, 1999 dann einen Rückgang der Unterrichtsstunden bei weiterem Ansteigen der Maßnahmen und Teilnehmer – eine Entwicklung, wie sie auch im Westen festgestellt wird, sie verweist auf kleinere und kleinteiligere Angebote.
   Aber generell stellt sich die Frage: Welche Leute nehmen an den Angeboten, die hier institutionell strukturiert vorgestellt werden, teil? Welche Wirkungen sind vermutbar oder belegbar aufgrund von Eigenanalysen und Evaluationen?
   Oder andersherum: Ist denn auch in den neuen Bundesländern politische Bildung schon allein deshalb richtig und legitimiert, weil sie mit dem Anspruch antritt, zum Besten einer demokratischen Gesellschaft zu agieren? Kann sie deshalb auf Evaluation, Nutzen- und Wirkungsanalyse verzichten? Gerade auch an dieser Stelle bestätigt das Handbuch die Nische, in der sich politische Bildung wähnt. Die bessere Förderung, die Wolfgang Thierse eingangs für politische Bildung anvisiert, wird schwerlich begründet einforderbar sein, wenn nicht im Vergleich mit anderen Bildungs- und Gesellschaftsbereichen die Nutzerorientierung belegbar ist. Hier wäre es denkbar, Handbuchartikeln auch entsprechende kritische Daten anzufügen.

6. Was ist die Botschaft des Buches? In der Einleitung, vor allem aber in einem brillanten Schlusskapitel bestätigt Wallraven, dass die politische Bildung in den neuen Bundesländern nach wie vor einen anderen Stand und eine andere Entwicklung hat als in Westdeutschland. Der Analyse von Wallraven mag ich gerne folgen; allerdings: In den Beiträgen zu den Einrichtungen, die sich im Handbuch präsentieren, kann dies nicht durchgängig nachvollzogen werden. So bleibt nach der Lektüre ein gemischtes Gefühl zurück: Anerkennung und Solidarität mit vielen Bemühungen, politische Bildung in schwierigem Umfeld zu realisieren und weiterzuentwickeln. Verständnis für die institutionellen und persönlichen Probleme, die dabei für die Menschen entstehen, die sich mit dieser politischen Bildung beschäftigen. Aber auch der Wunsch, politische Bildung in Präsenz, Wirkung und Nutzen kritikfähiger und belegter und analytischer zu machen. Handbücher wären dazu ein geeignetes Instrument.